

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 48 (1969)
Heft: 7-8

Artikel: Das Fiasko der französischen Sozialdemokratie
Autor: Kuster, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338124>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weissen zu zwingen, mit uns als Gleichberechtigte zu leben. Nicht in der Konfrontation der weissen und der schwarzen Welt besteht für uns eine Chance, sondern in einer neuen Koalition zwischen armen Weissen, armen Schwarzen, Studenten und weissen Liberalen. Durch Vietnam hat sich die Lage hier geändert. Wir müssen auch von dem entwürdigenden Wohlfahrtssystem herunterkommen. Das Erbe des kürzlich verstorbenen Sozialdemokraten Norman Thomas hat auf die Demokratische Partei gewirkt. Ich denke an Roosevelts New Deal.

Wir Amerikaner sind in der Lage, eine weisse Gesellschaft auf die Beine zu stellen, die wir über Jahre hinweg niedergekämpft haben. Der Marshallplan. Berlin ist ein wunderbares Beispiel der Zusammenarbeit zwischen sozialdemokratischer Politik und amerikanischen Hilfgeldern. Ich wünsche mir eine Art von Marshallplan für die Armen meiner Heimat und eine echte Sozialdemokratie in unserem Lande.»

Dr. Otto Kuster

Das Fiasko der französischen Sozialdemokratie

Versucht man, die Resultate der französischen Präsidentschaftswahlen in bezug auf die Linke auszuwerten, stellt man fest, dass die vier Linkskandidaten (Duclos, Defferre, Rocard, Krivine) im ersten Wahlgang zusammen zwar auf den von Mitterrand 1965 erreichten Prozentsatz kommen, dass aber der von den Sozialdemokraten aufgestellte Defferre kaum die Fünfprozentgrenze überschritten hat, während die (sozialdemokratische) SFIO (Section française de l'Internationale ouvrière) 1962 immerhin 12,53 Prozent der Wählerstimmen für sich buchen konnte. Die französische Sozialdemokratie steht damit vor einem vollständigen Fiasko.

Sie hat sich selber in diese Situation hineinmanövriert. Ihr besonders von den älteren Kadern unterstützter Entschluss, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, basierte auf der Überlegung, dem Zentrums kandidaten Poher im ersten Wahlgang den zweiten Platz zu sichern und im zweiten Wahlgang seinen Sieg auch dank der sozialdemokratischen Wählerschaft zu ermöglichen, natürlich mit der Absicht, in der zukünftigen Regierung mitzuarbeiten. Dies war eine Fehlspekulation. Nicht nur gelang Poher der entscheidende Durchbruch nicht, sondern auch Defferre konnte die potentiell sozialdemokratische Wählerschaft nicht für sich engagieren. Zum grösseren Teil entschied sich diese entweder für Poher aus der Überlegung heraus, damit «nützlicher» für einen ebenfalls akzeptablen Kandidaten zu stimmen, oder sie wandte sich dem Kommunisten Duclos zu, abgestossen durch die Allianzpolitik der SFIO mit dem Zentrum. Mit dem brüskten

Kurswechsel zu den Bürgerlichen verunmöglichte die sozialdemokratische Führung eine Einheitskandidatur der Linken und schadete damit nicht nur sich selber, sondern allen Linksparteien.

Im französischen politischen Leben scheint sich die von der gaullistischen Ideologie angestrebte Umwandlung des Mehrparteiensystems in ein Zweiparteiensystem zu realisieren. Deshalb kann keine Linkspartei mehr erfolgreich im Einzelgang operieren. Um auf die Länge wirksam zu sein, müsste die Einheit der Linken allerdings mehr als eine Wahlallianz sein, wie dies 1965 anlässlich der Präsidentschaftswahlen der Fall war. Damit die Linke zu einer regierungsfähigen Einheit wird, werden sich einerseits die Sozialdemokraten deutlich von den bürgerlichen Zentrumsformationen distanzieren und andererseits die Kommunisten zu einer grösseren ideologischen Geschmeidigkeit bequemen müssen. Diese zwei Bedingungen sind im Moment nicht erfüllt. So wird es für die Sozialdemokraten schwierig sein, nach ihrer Kehrtwendung in den Augen ihrer Partner glaubwürdig zu erscheinen und sich aus ihrer geschwächten Position heraus den erstarkten Kommunisten gegenüber zu behaupten.

Der Erfolg ihres Präsidentschaftskandidaten Duclos, der genial auf die Sensibilität der Wählerschaft abgestimmt war, macht die Kommunisten weniger denn je dazu bereit, die starre Konzeption des ihnen vorschwebenden sozialistischen Staates zu lockern. Die Kommunistische Partei Frankreichs ist zwar die oppositionelle Partei, in der sich ein grosser Teil der sozial Unzufriedenen organisiert, aber ihre ideologische Immobilität macht es ihr unmöglich, Einigungspol der Linken zu werden, wie dies der UNR — der gaullistischen Partei — in der Rechten zu gelingen scheint.

Andererseits wirkten die Kommunisten auf die Wählerschaft überzeugender und verantwortungsbewusster als die «gauchistes», die neue Linke. Diese scheint — wie überall in Westeuropa — weniger das Vorzeichen einer bevorstehenden Umwälzung als das Unzufriedenheitsventil einer Konsumgesellschaft zu sein, in welcher sich ein grosser Teil der Bevölkerung unwohl oder sogar unglücklich fühlt, aber nicht bereit ist, das Risiko eines revolutionären Umsturzes auf sich zu nehmen. Die neue Linke dient dem bestehenden Gesellschaftssystem als Katharsis.

Es wäre unsinnig, mit den aus den Präsidentschaftswahlen in Frankreich gewonnenen Einsichten an die politischen Probleme eines andern Landes, zum Beispiel der Schweiz, herangehen zu wollen. Die SFIO muss nämlich innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratien separat behandelt werden, da es ihr nie — wie zum Beispiel in Deutschland oder England — gelang, eine eigentliche Volkspartei zu werden, und auch ihre Gewerkschaft nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft erfasst. Dass eine sozialdemokratische Partei sich jedoch eine bedingungslose Allianz mit den Bürgerlichen — unter Missachtung der andern Linksparteien und damit ihres eigenen Ursprungs — nicht leisten kann, hat der Misserfolg des Tandems Defferre-Mendès France allerdings gezeigt.